

Keine schablonenhaften Antworten

Die andere Debatte über nationale Identität in Überseegebieten

Ortwin Ziemer*



In den französischen Überseegebieten, wo per se eine stark multikulturell geprägte Bevölkerungsstruktur vorherrscht, traf die von Nicolas Sarkozy angeregte Debatte um Identität und Immigration auf ein besonders heterogenes Echo. Die Auseinandersetzung dort unterscheidet sie sich von derjenigen im Mutterland.

Anfang November 2009 kündigte Nicolas Sarkozy relativ unerwartet eine große Debatte über die nationale Identität in Frankreich an. Es sei nötig, sich zu fragen, was es heute bedeute, Franzose zu sein und die republikanischen Werte in Erinnerung zu rufen und zu hinterfragen. Die Debatte, bei der anschließend das von Sarkozy kurz nach seinem Amtsantritt 2007 ins Leben gerufene und hart umstrittene Ministerium für Immigration und nationale Identität federführend war, hatte in den folgenden Wochen Mühe, an Substanz zu gewinnen. Sarkozys Initiative wurde nicht nur von der Opposition, Menschenrechtsorganisationen und anderen Vertretern der Zivilgesellschaft kritisiert, sondern auch von Mitgliedern der eigenen Präsidialmehrheit im Parlament. Sehr rasch wurden Vorwürfe laut, durch eine solche Debatte laufe der Staatschef eher Gefahr, die Franzosen zu entzweien, statt sie zu einen, indem das Risiko bestünde, die einen gegen die anderen auszuspielen.

Als Anfang Dezember 2009 in der Schweiz per Referendum der Bau von Minaretten verboten wurde, gewann die Debatte in Frankreich plötzlich an Intensität. Vorstandsmitglieder des Französischen Moslemrates gaben zu bedenken, nach diesem Ereignis drohe die vom Staatschef angeregte Debatte die Franzosen moslemischen Glaubens unnötig zu stigmatisieren und möglicherweise zu radikalisieren. Nicolas Sarkozy reagierte am 9. Dezember 2009 mit einer in *Le Monde*

Identité en outre-mer

Le débat lancé par Nicolas Sarkozy sur l'identité nationale et l'immigration a suscité de nombreux débats, marqués par un soupçon d'électoratisme à quelques semaines des élections régionales.

Dans les territoires d'outre-mer, ces débats ont pris une tournure parfois différente. Le principe constitutionnel de la laïcité, adopté par une loi en 1905 proclamant la séparation de l'Eglise et de l'Etat et complété en 2004 par une loi interdisant le port de signes religieux dans les écoles, a été évoqué par exemple dans l'île de la Réunion, où règne un climat de tolérance religieuse qui nécessiterait, selon certains, une adaptation de la loi.

D'autres estiment que toute exception aux règles en vigueur en métropole mettrait en danger le sentiment d'appartenance à la nation. Le récent référendum en Guyane et en Martinique sur l'élargissement des compétences locales dans certains domaines a été rejeté par une large majorité. Un an à peine après les manifestations sociales dans les Antilles, ce résultat a été interprété comme la volonté de refuser tout changement de statut.

Réd.

* Ortwin Ziemer lebt als Korrespondent und Lehrer von französischen Europa- und Abibac-Klassen auf La Réunion.

veröffentlichten Kolumne, in der er davor warnte, die Schweizer nun grundsätzlich als fremden- und islamfeindlich zu verurteilen. Der Präsident benutzte die Gelegenheit, die Debatte im eigenen Land, die manche Kritiker als quasi vom Zaun gebrochen bezeichnet hatten, zu rechtfertigen, da in Frankreich wie in vielen anderen europäischen Ländern laut Sarkozy das dumpfe Gefühl entstehe, die Globalisierung bedrohe die nationalen Identitäten und verlange eine Rückbesinnung auf nationale Bezugspunkte und Identifikationsmöglichkeiten.

Nur auf diese Weise habe die multikulturelle Gesellschaft eine Chance, harmonisch zusammenzuleben, indem sowohl die Neuankömmlinge als auch die Gastgeber respektiert würden. Der am gleichen Tag anberaumten Parlamentsdebatte zum selben Thema hatten nur etwa hundert Abgeordnete beigewohnt. Bei einem Regierungskolloquium am 4. Februar 2010 wurden aus der auch in zahlreichen regionalen und lokalen Veranstaltungen durchdeklinierten Diskussion fünfzehn wegweisende Schlussfolgerungen in Form konkreter Vorschläge gezogen. Unterdessen jedoch wollen die Vorwürfe nicht verstummen, diese Debatte solle lediglich dem rechtsextremen *Front national* im Hinblick auf die Regionalwahlen im März 2010 das Wasser abgraben und entspringe also purem Wahlkampfalkül.

Ein historisches Erbe

Ein äußerst wichtiger Bestandteil der Identität der Übersee Franzosen ist das historische Erbe der Sklaverei, der Kolonialgesellschaft und die Art und Weise, wie individuell und kollektiv damit umgegangen wird bzw. die Debatte, wie damit umzugehen sei. Es geht dabei um die Frage, welchen Platz dieses dunkle Kapitel der Geschichte im kollektiven Bewusstsein der Einwohner dieser Gebiete einnehmen soll und inwiefern diese Frage zugleich die Diskussion über den Status und den Platz der Übersee-Departements und -Territorien innerhalb des französischen Staatsgefüges beeinflusst (oder, um sich der französischen Ausdrucksweise zu bedienen: innerhalb der Republik). Lange Zeit schloss die Politik der Assimilierung der Überseegebiete mit dem Mutterland einen

offenen Umgang mit diesem Aspekt ihrer Geschichte aus. Dies war vor allem vor der Umwandlung der vier damaligen Kolonien Guadeloupe, Martinique, Französisch-Guayana und Réunion in Übersee-Departements im Jahre 1946 der Fall, aber auch noch in den Jahrzehnten danach. Die offizielle Sichtweise betrachtete damals sämtliche Kolonien als integralen Bestandteil der französischen Nation. Davon abweichende Standpunkte wären also äußerst ungelegen gekommen, zumal sie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhundert vor allem auf den Antillen immer wieder mit Unabhängigkeitsforderungen verknüpft wurden. Gleichzeitig empfanden die Übersee Franzosen lange eine gewisse unterbewusste Scham gegenüber diesem Kapitel ihrer Geschichte, was sie daran hinderte, sich mit diesem Teil ihrer Identität bewusst auseinanderzusetzen.

Unverkrampte Annäherung

Ab Beginn der 1990er-Jahre begann sich in der öffentlichen Meinung auf den französischen Antillen eine Trennung zwischen den noch immer von gewissen Teilen der politischen Klasse vertretenen Unabhängigkeitsforderungen einerseits und der Wahrnehmung des historischen Erbes der Sklaverei und des Kolonialismus andererseits abzuzeichnen. Im Kontext der auch auf nationaler Ebene im Jahre 1998 in großem Rahmen begangenen Gedenkveranstaltungen anlässlich des 150. Jahrestages der Abschaffung der Sklaverei in den ehemaligen französischen Kolonien begann man auch in Übersee, sich diesem Teil der zugleich regionalen und nationalen Identität unverkrampter anzunähern.

Seit dieser Zeit ist das Gedenken an die Sklaverei immer deutlicher zu einem Bestandteil der Frage der Identität der Übersee Franzosen geworden. Zwei extreme Haltungen stehen sich hier nach wie vor gegenüber, deren eine inzwischen sicherlich die Meinung der Mehrheit der Bevölkerung der Überseegebiete wiedergibt, während die andere nur mehr von einer verschwindend geringen Minderheit vertreten wird: Die meisten Übersee Franzosen scheinen heute der Ansicht zu sein, dass man zu der kolonialen Vergangenheit

stehen sollte, die ein konstitutiver Bestandteil ihrer Identität ist und maßgeblich zu ihrer multikulturellen Gesellschaft beigetragen hat und daher auf keinen Fall verleugnet werden sollte. Zugleich aber kristallisiert sich der Konsens heraus, dass man vermeiden sollte, sich ständig in einer Opferrolle zu sehen, sondern vielmehr auf eine objektive und konstruktive Weise mit diesem Teil des kollektiven Bewusstseins der Überseegebiete umgehen sollte, was zu Beginn der 1980er-Jahre, als in den vier Überseedepartements 1983 das jeweilige exakte Datum des Inkrafttretens der Abschaffung der Sklaverei im Jahre 1848 als offizieller Feiertag eingeführt wurde, noch lange nicht der Fall war. Seit 1998 und spätestens seit der offiziellen französischen Anerkennung der Sklaverei als Verbrechen gegen die Menschlichkeit 2001 scheint nun aber der Schulterschluss zwischen der nationalen und der regionalen Identitätsdebatte in den französischen Überseegebieten zumindest in Bezug auf diesen Aspekt vollzogen und damit eine über lange Zeit offene Wunde wenn noch nicht vollständig vernarbt, so doch zumindest geschlossen zu sein.

Ein Museum als Testfall

Das Referendum in Französisch-Guayana und Martinique am 10. Januar 2010 über eine gewisse Autonomie, d. h. eine Erweiterung der Kompetenzen der lokalen Gebietskörperschaften in manchen Politikbereichen, keinesfalls aber über eine etwaige Unabhängigkeit vom Mutterland, war im diesem Zusammenhang ein Testfall für die Debatte über das Zugehörigkeitsgefühl der Einwohner der Antillen zur französischen Nation ein knappes Jahr nach den herben sozialen Unruhen, die diese Region im Frühjahr 2009 erschüttert hatten, und dieses ganz besonders auch im Vergleich zu der deutlich verschiedenen, ungleich ruhigeren Situation auf Réunion. Die massive Ablehnung einer Statusänderung der beiden Überseedepartements wurde als Niederlage der Nationalisten und als ein Beleg für den Willen der Zugehörigkeit zu Frankreich gewertet. Im Rahmen der Identitätsdebatte in Übersee ist ein derzeit auf Réunion kontrovers diskutiertes Projekt, das sogenannte Haus der Kulturen und

der reunionesischen Einheit (*Maison des Civilisations et de l'Unité réunionnaise*) sehr aufschlussreich. Die Grundidee, die auf das Jahr 2001 zurückgeht, bestand darin, insbesondere die kultur- und besiedlungsgeschichtliche Entwicklung der Insel vor allem aus dem Blickwinkel der eigenen Bevölkerung darzustellen, der nicht unbedingt mit demjenigen der offiziellen, nationalen Geschichtsschreibung und Museographie übereinstimmen muss. Wie sollte hier also die reunionesische Gesellschaft in ihrem Verhältnis zur Gesamtheit des französischen Volkes präsentiert werden?

Grundsatz von Einheit in Vielfalt

Dem wissenschaftlichen Konzept dieses künftigen Museums einer neuen Art liegt der Wunsch zugrunde, als integraler, jedoch mit einer unverwechselbaren, eigentümlichen Identität ausgestatteter Bestandteil der französischen Nation anerkannt zu werden, was manchmal gewisse Widersprüche nicht ausschließt – ein Punkt, der für das Verständnis des Selbstbildes und des Selbstverständnisses der Übersee Franzosen jedoch unverzichtbar ist. Dies trifft auf die französischen Überseegebiete im Allgemeinen, auf Réunion aufgrund seiner speziellen Besiedlungsgeschichte als bis ins späte 17. Jahrhundert hinein unbesiedelte Insel jedoch in ganz besonderem Maße zu. Die Konzeption dieses neuen Museums bricht insofern mit der traditionellen Museographie, die über ein bloßes Aufreihen von Exponaten hinausgeht und als ein bewusst lebendiges Museum einen besonderen Akzent auf den regional- und durchaus auch identitätsgeschichtlichen Aspekt legen will.

Die Stellungnahme zur Frage der überseeischen Identität fällt dabei allerdings nicht eindeutig aus und ist nicht frei von Widersprüchen. Es möchte offiziell zeigen, inwiefern das reunionesische Gesellschaftsmodell, basierend auf gegenseitigem Respekt und Toleranz und wechselseitiger kultureller Bereicherung von Bevölkerungsgruppen unterschiedlichster geographischer und ethnischer Herkunft und religiöser Zugehörigkeit in der Lage ist, ein Schema des harmonischen Zusammenlebens zu entwerfen, das nicht unbedingt Modellcharakter beanspruchen muss, aber sehr

wohl seinen Platz in dem Identitätsbild einer modernen, weltoffenen Nation hat, deren Selbstverständnis nicht zuletzt auf dem europäischen Grundsatz von Einheit in Vielfalt beruht. Gleichzeitig warnen Regionalhistoriker wie Sudel Fuma, die an der Ausarbeitung des geschichts- und kulturwissenschaftlichen Konzepts des künftigen Museums beteiligt waren, jedoch davor, bezüglich der Überseegebiete Begriffe wie *Melting Pot* überzubeanspruchen. Fuma gibt dabei vor allem zu bedenken, dass die reunionesische Identität das Ergebnis eines langen Prozesses der Kreolisierung sei, der insbesondere in verschiedenen Formen des Widerstands gegen die unterschiedlichen Spielarten der Unterdrückung und Ausbeutung der Kolonial- und Sklavenhaltergesellschaft bestanden habe, deren Nachwirkungen zum Teil bis heute im kollektiven Bewusstsein präsent seien und die das Selbstbild der Übersee Franzosen bis heute beeinflussen, und zwar im positiven wie im negativen Sinne.

Gewisse Stigmata und Spannungen, die bis auf diese Epoche zurückgehen – dazu gehört die Debatte über den Platz des Kreolischen in Gesellschaft und Bildungswesen – sind daher grundlegende Bestandteile der Identität der Übersee Franzosen. Diese Aspekte zu ignorieren würde für sie sicherlich bedeuten, Gefahr zu laufen, einen Teil der eigenen Identität zu verleugnen. Daher ist es nicht erstaunlich, dass das Grundkonzept des Hauses der Kulturen und der reunionesischen Einheit betont, die Identität der Einwohner Réunions könne in gewissen Punkten nur in ihren Unterschieden oder manchmal gar im Gegensatz zu derjenigen der Mutterlands Franzosen verstanden und definiert werden, ohne dass dies hingegen die nationale Einheit und die Zugehörigkeit der Übersee Franzosen zur französischen Nation in Frage stellen müsse.

Die Diskussion über die Frage, ob das französische Verfassungsprinzip des Laizismus auf Réunion einer besonderen Auslegung oder Anpassung bedürfe, ist ein weiterer wichtiger Mosaikstein der weiter gefassten Debatte über die nationale Identität in den Überseegebieten. Es ist längst ein Gemeinplatz, dass das Gesetz von 1905

über die Trennung von Kirche und Staat in Frankreich ein Grundpfeiler der Gesellschaftsordnung des modernen Frankreichs, des Selbstverständnisses seiner Bürger und damit der nationalen Identität ist. Seit dem entsprechenden Gesetz vom 15. März 2004 ist das Tragen von deutlich sichtbaren Zeichen religiöser Bekenntnisse in den französischen Schulen verboten.

Darf nun vor diesem Hintergrund argumentiert werden, angesichts des seit Langem selbstverständlichen Klimas religiöser Toleranz auf Réunion könne man dieses Gesetz etwas großzügiger auslegen, mit anderen Worten gewisse Ausnahmen zulassen? Als im August 2008 zu Schuljahresbeginn fünf Gymnasiastinnen mit verschleiertem Gesicht zum Unterricht erschienen, erhielt diese Debatte auf der Insel neuen Auftrieb. Denn nachdem den Schülerinnen zunächst mit dem Ausschluss aus ihrer Schule gedroht worden

„Die Frage der nationalen Identität wird und muss sich immer wieder neu stellen“

war, fand das Schulamts nach wenigen Tagen einen Kompromiss, der ihnen gestattete, bekleidet mit einem Kopftuch, das Haare und Nacken, aber nicht das Gesicht bedeckte – der sogenannten Bandana – wieder am Schulleben teilzunehmen. Dieser Kompromiss geriet nunmehr ins Kreuzfeuer der Kritik und damit ins Zentrum dieser neuen Debatte über den Laizismus auf Réunion und damit in den gesamten Überseegebieten. Die Befürworter der Kompromisslösung führten an, das gute Zusammenleben der verschiedenen Religionsgruppen und die Abwesenheit islamischer Fundamentalisten auf der Insel erlaube eine solche Ausnahmeregelung. Die Anhänger einer rigorosen Auslegung des Gesetzestextes hingegen argumentierten, dergleichen Abweichungen bedeuteten in großem Ausmaß eine Gefahr für die Rechtsgleichheit im Land und damit letztlich für die Einheit der Republik – will heißen, des Staatswesens – indem auf lange Sicht religiösem und ethnischem Korporatismus Tür und Tor geöffnet werde.

Dies alles zeigt einmal mehr, dass sich die Frage der nationalen Identität in Übersee nicht einfach und schablonenhaft beantworten lässt, sondern sich immer wieder neu stellen wird und muss.